

# Strategien beim Zugewinnausgleich

Kogel

7. Auflage 2022  
ISBN 978-3-406-77790-5  
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

# NJW Praxis

Im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW  
herausgegeben von  
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 76

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Strategien beim Zugewinnausgleich

von

Dr. Walter Kogel

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Familienrecht in Aachen

7., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage 2022

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

  
C.H. BECK

Zitierweise: Kogel Zugewinnausgleich Rn....

  
beck-shop.de  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 77790 5

© 2022 Verlag C. H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Satz, Druck und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck  
(Adresse wie Verlag)

  
chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort zur 7. Auflage

Dieser Ratgeber zum ehelichen Güterrecht erscheint seit 2005, nunmehr in der 7. Auflage. Bewusst ist er auf Fallbasis aufgebaut, um die Probleme anschaulicher zu machen. Zum großen Teil wird auf Entscheidungen der jüngsten höchstrichterlichen und obergerichtlichen Rechtsprechung zurückgegriffen. Teilweise stammen die Fälle aus der eigenen Praxis des *Verfassers*. Nicht alle denkbaren Sachverhalte, die in Lehrbüchern oder Abhandlungen erörtert werden, sind dargestellt. Das Buch versucht, eine Auswahl zu treffen. Es orientiert sich strikt an der Relevanz für die Praxis. Dabei werden Themenschwerpunkte in den einzelnen Neuauflagen durchaus unterschiedlich abgehandelt. So auch jetzt.

- Seit zwei Jahren beherrscht die Corona-Pandemie den juristischen Alltag. Im Familienrecht hat sie neben dem Unterhaltsrecht auch vor dem Zugewinn nicht Halt gemacht. Die Frage, inwieweit Vermögensbewertungen unter Berücksichtigung des Stichtagsprinzips beeinflusst werden, erscheint nicht hinreichend geklärt. Sie wird die Gerichte noch längere Zeit beschäftigen.
- Die Europäische Güterrechts Verordnung, welche zum 29.1.2019 in Kraft getreten ist, wirft ihre Schatten voraus. Wenn demnächst die normale Verfallzeit von Neuehen eintritt, wird sich zeigen, ob die in der einschlägigen Literatur gebildeten Beispielfälle tatsächlich in der prognostizierten Form durch die Gerichte umgesetzt werden. Mehr denn je kann Ehepaaren mit unterschiedlicher Staatsangehörigkeit oder sogar rein deutschen Ehepartnern, die mobil sind, nur dringend geraten werden, ihren Güterstand überprüfen zu lassen und ggf. rechtzeitig einen Ehevertrag abzuschließen. Ansonsten können die güterrechtlichen Folgen bei einem ersten gemeinsamen Wohnsitz nach Eheschließung außerhalb von Deutschland gänzlich unerwartet und vor allem höchst unerwünscht sein.
- Ein hauptsächliches Ärgernis der Güterrechtsreform aus dem Jahre 2009 war die Ausweitung der Auskunft- und Belegansprüche, welche nunmehr zu schier endlosen Güterrechtsverfahren führen. Vor allem der Anspruch auf Auskunft zum Trennungszeitpunkt wurde ebenso zutreffend wie ketzerisch von *Jüdt* schon in seinem Beitrag FuR 2013, 187 mit dem Bemerkten beschrieben: „Wie verauskunfte ich meinen Partner vergleichsbereit?“ Dieses Dilemma war unschwer vorauszusehen. Insoweit sind jüngst erneut mehrere Entscheidungen veröffentlicht worden, welche das gesetzgeberische Stückwerk deutlich gemacht haben. Die Einschätzung der „Kommission zur Reform des Güterrechts und Nebengüterrechts“ in FamRZ 2021, 257, wonach für eine Gesetzeskorrektur angeblich kein Handlungsbedarf bestehe, kann aus Praktikersicht nur auf Unverständnis stoßen. Zusätzlich wird es nötiger denn je sein, im Interesse des Mandanten an einen vorzeitigen Zugewinnausgleich zu denken. Nach wie vor wird aber von diesem Rechtsinstitut nur sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht. Vor allem die Unkenntnis über die Möglichkeit, gem. § 1385 Zif. 1 BGB nach dreijähriger Trennung selbst bei einem laufenden Scheidungsverfahren mit der Folgesache Güterrecht einen vorzeitigen Zugewinnausgleich geltend zu machen, kann zu schwerwiegenden haftungsrechtlichen Konsequenzen führen. Aus kostenrechtlichen Überlegungen (§ 100 GNotKG) will dabei aber wohl bedacht sein, ob man tatsächlich den Weg über eine entsprechende notarielle Urkunde geht. Ein gerichtliches Verfahren ist u. U. wesentlich kostengünstiger.

- Der in der Rechtsprechung entwickelte Gesichtspunkt einer latenten Steuerlast gewinnt immer mehr an Bedeutung. Danach muss jeder Vermögenswert auf seine steuerliche Verstrickung überprüft werden. Vielfach ist es ein gravierender Beratungsfehler, Nominalwerte ohne eine steuerliche Prüfung in die Zugewinnausgleichsbilanz einzustellen. Ob unter Umständen im Einzelfall sogar von der Möglichkeit des halben Steuersatzes Gebrauch gemacht werden kann und muss, ist in der Rechtsprechung noch ungeklärt.
  - Bitcoins und Phantomaktien gehören mittlerweile auch zu den Positionen, die in einer Zugewinnausgleichsbilanz auftauchen. Da in der Rechtsprechung – soweit ersichtlich – keine Vorgaben gemacht werden, wird in dieser Auflage versucht, eine Bewertung vorzunehmen.
  - Aufgrund mehrerer Fälle des *Verfassers* sollte auch der Vermögenswert des Notariats unbedingt einer Prüfung unterzogen werden. Zwar steht die noch ganz herrschende Meinung auf dem Standpunkt, dass ein Notariat zugewinnausgleichsrechtlich keinen Vermögenswert darstelle. Es sei wie ein öffentliches Amt zu behandeln, das ja ebenfalls nicht übertragen werden könne. Dass hier ein Wertungswiderspruch zB zu der Bewertung einer Wirtschaftsprüferpraxis oder eines unübertragbaren Nießbrauchsrechts besteht, wurde bislang ausgeblendet. Eine höchstrichterliche Entscheidung zu diesem Problembereich sollte angestrebt werden.
  - Ab 1.1.2022 sind Gutachten nach der neuen Immobilienwertermittlungsverordnung (2021) zu erstellen. Mehrere nach 2010 erlassene Richtlinien, die bislang nicht verbindlich waren, sind bislang nur teilweise von einigen Ländern umgesetzt wurden. Diese fehlende Einheitlichkeit bei der Ermittlung der für die Wertermittlung erforderlichen Daten lief den Zielen einer bundesweiten Grundstücksmarkttransparenz zuwider. Zudem erschwerte dies die steuerliche Bewertung. Daher hat die Bundesregierung die Immobilienwertermittlungsverordnung im Jahre 2021 neu gefasst. Die Richtlinien wurden überarbeitet und in die Verordnung integriert. Damit sollte das Immobilienwertermittlungsrecht „gleichsam aus einem Guss“ insgesamt neu geregelt werden. Ob dies gelungen ist, wird die Bewertungspraxis zeigen.
- Wieder einmal zeigt sich: tempora mutantur et nos mutamur in illis. Auch nach 20-jähriger Kommentierung des Zugewinnausgleichsrechts bleibt die Entwicklung des gesetzlichen Güterstandes spannend.

Aachen, im Dezember 2021

Walter Kogel

## Inhaltsübersicht

Vorwort zur 7. Auflage .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XV
Literaturverzeichnis .....	XIX
A. Einleitung .....	1
I. Die verschiedenen Güterstände – Ihre Vor- und Nachteile .....	1
II. Vertragliche Regelungsmöglichkeiten im Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ..	2
B. Der Zugewinn: Allgemeines und Begriffe .....	45
I. Grundgedanke des Zugewinnausgleiches .....	45
II. Die Begriffe .....	55
III. Angriffsstrategien bei Einleitung des Zugewinnausgleichsverfahrens .....	98
C. Der Zahlungsanspruch .....	165
I. Vereinbarungen .....	165
II. Das ABC der Vermögenswerte .....	171
III. Teil- oder Gesamtantrag .....	405
IV. Das selbständige Beweisverfahren .....	407
V. Zugewinn im Verbund – ein Anwaltsregress? .....	414
VI. § 1383 BGB .....	422
VII. Die Sicherstellung des Zugewinnausgleichsanspruches .....	425
VIII. Entstehen, Verzinsung und Vollstreckbarkeit der Forderung .....	431
IX. Vorgehen gegen Dritte gem. § 1390 BGB .....	432
D. Verteidigungsstrategien gegen den Zugewinnausgleich .....	435
I. Verjährung .....	435
II. Stundungseinrede .....	440
III. Grobe Unbilligkeit .....	443
IV. Die Einwendung des § 1378 Abs. 2 BGB .....	450
V. Die Anrechnung nach § 1380 BGB .....	460
VI. Die Aufrechnung im Verbund ggü. ei. Zugewinnausgleichsforderung .....	469
E. Strategien im Erbfall .....	473
I. Die gesetzlichen Erbquoten und die Pflichtteilsansprüche .....	473
II. Erb- und güterrechtliche Lösungen für den Ehegatten .....	474
III. Strategische Hinweise .....	478
F. Sonstiges .....	479
I. Zuständigkeit .....	479
II. Darlegungs- und Beweislast .....	481
III. Teilentscheidung .....	486



VIII	<i>Inhaltsübersicht</i>	
	IV. Verfahrenskostenhilfe/Prozesskostenhilfe .....	487
	V. Zugewinn in der Insolvenz .....	492
	VI. Die Übergangsvorschrift des Art. 111 FGG-RG .....	494
	VII. Honorar bzw. Vergütungsvereinbarungen .....	496
	G. Besonderheiten bei der Anwendung der §§ 39, 40 FGB DDR .....	507
	I. Übergangsfälle im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung .....	507
	II. Einzelne Fallgruppen .....	510
	Anhang .....	513
	Sachverzeichnis .....	547

## Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung .....	1
I. Die verschiedenen Güterstände – Ihre Vor- und Nachteile .....	1
II. Vertragliche Regelungsmöglichkeiten im Güterstand der Zugewinngemeinschaft ..	2
1. Der modifizierte Güterstand bei Scheidung und Tod .....	2
a) Die Regelung des § 5 Abs. 1 ErbStG .....	4
b) Die Regelung des § 5 Abs. 2 ErbStG .....	4
2. Die Befreiung von §§ 1365, 1369 BGB .....	6
3. Die Herausnahme einzelner Vermögenswerte .....	6
4. Die Vereinbarung von Zahlungszielen .....	9
5. Der Ausschluss des vorzeitigen Zugewinnausgleichs .....	10
6. Die Sittenwidrigkeit notarieller Verträge .....	11
a) Kumulative Regelungen zu Güterstand, Unterhalt und Versorgungsausgleich .....	11
b) Die Entscheidung BGH NJW 2004, 930 ff. („Altkleidersammlung“) .....	12
c) Auswirkungen dieses Urteils auf güterrechtliche Regelungen .....	16
d) Zugewinnausgleich trotz entgegenstehender Vereinbarung als Ausgleich für mangelnde Altersvorsorge? .....	17
e) Besonderheiten bei der Unternehmerehe .....	18
f) Güterrechtsverträge mit ausländischen Staatsangehörigen .....	21
g) Welche Verfahrenstaktik ist in derartigen Fällen anzuwenden? .....	27
h) Strategische Hinweise .....	35
7. Die besondere Problematik bei vormals ausländischen Staatsangehörigen .....	36
8. Rechtswahl und Staatsverträge .....	38
a) Rechtswahl .....	38
b) Staatsverträge (deutsch/iranisches Niederlassungsabkommen; deutsch- französischer Wahlgüterstand) .....	38
c) Die Europäische Güterrechtsverordnung .....	40
B. Der Zugewinn: Allgemeines und Begriffe .....	45
I. Grundgedanke des Zugewinnausgleiches .....	45
1. Allgemeine Überlegungen .....	45
2. Mandatsannahme und Checklisten .....	46
a) Allgemeines .....	46
b) Wie setzen sich das Anfangs- und Endvermögen der Mandantschaft zusammen? .....	47
c) Wie setzen sich das Anfangs- und Endvermögen der Gegenseite zusammen? .....	48
d) Sonstiges .....	48
3. Checkliste für den/die Mandant(in) .....	48
4. Neuerungen und Rechtslage ab dem 1.9.2009 .....	51
5. Probleme bei Übergangsfällen nach der Güterrechtsnovelle .....	52
II. Die Begriffe .....	55
1. Begriff des Anfangs- und Endvermögens .....	55
2. Das Anfangsvermögen .....	55
a) Allgemeines .....	55
b) Berichtigung des Anfangsvermögens über den Lebenshaltungskostenindex .....	71
c) Verrechnung von Aktiva und Passiva bei Anfangsvermögen und privilegiertem Anfangsvermögen .....	81
d) Indexierung auch des negativen Anfangsvermögens? .....	83

3. Das Endvermögen und der Stichtag	84
a) Die Rechtshängigkeit gem. § 1384 BGB	84
b) Die Bewertung der Vermögensgegenstände	87
c) Hinzurechnungen gem. §§ 1375 ff. BGB	89
d) Das Ruhen des Verfahrens	90
e) Stichtag im Fall des Todes	92
f) Probleme bei der Übergangsregelung	93
g) § 1375 und die Aufstockung der Kappungsgrenze nach § 1378 Abs. 2 BGB bei negativem Endvermögen	94
h) Negativer Zugewinn nach neuem Recht?	95
III. Angriffsstrategien bei Einleitung des Zugewinnausgleichsverfahrens	98
1. Möglichkeiten der Vorverlegung des Stichtages	98
a) Scheidungsantrag gem. § 1565 Abs. 1 BGB vor Ablauf der Jahresfrist	99
b) Scheidungsantrag gem. § 1565 Abs. 2 BGB	101
c) Der vorzeitige Zugewinnausgleich	103
d) Zusammenfassung	125
e) Scheidungsantrag beim Verwaltungsgericht	132
2. Die Auskunftsstufe	136
a) Art und Umfang des Auskunftsanspruches zum End- und Anfangsvermögen	136
b) Auskunftsverpflichtung zu Handlungen gem. § 1375 BGB	142
c) Erweiterung der Auskunftspflicht nach § 242 bei illoyaler Vermögensminderung	143
d) Die Hinzuziehung des Auskunftsberechtigten	145
e) Auskunftsanspruch zum Zeitpunkt der Trennung, § 1379 Abs. 2 BGB	146
f) Wertermittlungsanspruch gem. § 1379 Abs. 1 S. 3 BGB	154
g) Konsequenzen und Antrag	156
h) Beschwer und Beschwerdemöglichkeit	158
i) Kostengesichtspunkte	162
3. Die Versicherung an Eides Statt	163
C. Der Zahlungsanspruch	165
I. Vereinbarungen	165
1. Die Formvorschrift des § 1378 Abs. 3 S. 2 BGB	165
a) Allgemeines	165
b) Einzelfälle zu § 1378 Abs. 3 S. 2 BGB	166
2. Einbeziehung Dritter gem. § 1378 Abs. 3 S. 3 BGB	169
II. Das ABC der Vermögenswerte	171
1. Abfindungen	171
2. Aktien, Wertpapiere, Spekulationsobjekte	178
a) Allgemeines	178
b) Die Abgeltungssteuer	181
c) Sonderproblem: Aktienoption	181
d) Sonstige Vermögenswerte („assets“)	185
e) Phantomaktien	188
3. Aussteuer	190
4. BAföG-Darlehen	191
a) Allgemeines	191
b) Endvermögen	192
c) Anfangsvermögen	193
5. Bankkonten inklusive Wertpapierdepots	194
a) Zeitpunkt der Wertermittlung	194
b) Aufteilung der Konten (Und- bzw. Oderkonten)	195
c) Bruchteilsgemeinschaft im Innenverhältnis	196
d) Wertpapierdepots	199
e) Sparguthaben angelegt auf den Namen eines Kindes	200
6. Berlin-Darlehen	201
7. Berufsständische Versorgungswerke und die Möglichkeit der Kapitalisierung	202

8. Bürgschaften .....	207
9. Edelmetalle .....	208
10. Ehegattennengesellschaft .....	209
a) Allgemeine Problematik .....	209
b) Sonderfälle .....	215
c) Die Europäische Güterrechtsverordnung und ihre Auswirkungen .....	219
11. Freiberufliche Tätigkeit .....	220
a) Allgemeines .....	220
b) IDW Standard S 13 .....	223
c) Einzelfälle .....	225
d) Auswirkungen vertraglicher Auseinandersetzungsvereinbarungen .....	234
12. Gegenseitige Verbindlichkeiten der Eheleute einschließlich Unterhaltsansprüche .....	235
a) Sind solche Ansprüche sinnvollerweise überhaupt geltend zu machen? .....	236
b) Der Ehegattenunterhaltsanspruch als Spezialproblem .....	238
c) Spätere Geltendmachung der Ansprüche .....	241
13. Gesamtschuldnerische Haftung .....	244
a) Allgemeine Problematik .....	244
b) Wechselwirkung zwischen Haftung und Unterhalt .....	249
c) Die Haftung als Gesamtschuldner bei Vorliegen von Anfangsvermögen .....	253
d) Die Theorie von der „retrospektiven Bewertung“ .....	254
14. Geschenke unter Eheleuten, insbes. Anwendbarkeit des § 1374 Abs. 2 BGB .....	259
15. Grundstücke .....	260
a) Bewertungsmethoden .....	260
b) Grundstücksübertragungen mit Rückfallklauseln .....	267
c) Land- und forstwirtschaftliche Betriebe .....	269
d) Probleme bei wiedervereinigungsbedingten Wertzuwächsen .....	271
e) Das Einheimischenmodell .....	274
f) Erbbaurecht/Erbpacht .....	275
16. Handelsvertretung .....	276
17. Haushaltsgegenstände inklusive Antiquitäten sowie Gegenstände des persönlichen Gebrauchs .....	278
a) Haushaltsgegenstände im Alleineigentum .....	278
b) Haushaltsgegenstände im Miteigentum .....	280
18. Kosten .....	282
a) § 93a Abs. 1 ZPO bzw. § 150 Abs. 1 FamFG und die vorzeitige Kosten- berechnung .....	282
b) Verfahrenskostenvorschuss .....	284
19. Leasingverträge .....	285
20. Lebensversicherungen .....	287
a) Die verschiedenen Arten der Lebensversicherungen .....	287
b) Bewertungsmethoden .....	297
c) Ausbildungsversicherungen .....	297
d) Lebensversicherungen mit Einbindung in eine Finanzierung .....	298
e) Lebensversicherungen und latente Steuern .....	301
21. Leibrente .....	304
22. Mietkaution .....	306
23. Nacherbschaft .....	306
24. Nießbrauch und Wohnrecht .....	308
a) Nießbrauch und Wohnrecht bei den Passiva – Vermögenszuwächse durch Verringerung des Wertes des Nießbrauchsrechts .....	308
b) Nießbrauch und Wohnrecht bei den Aktiva – Bewertung höchstpersönlicher Rechte .....	317
25. Pelzmäntel .....	319
26. Pflichtteilsansprüche .....	319
27. Photovoltaikanlagen .....	320
28. Pkw .....	322
a) Rechtliche Einordnung .....	322
b) Eigentumssituation .....	323

c) Wertansatz .....	325
d) Zusammenfassung .....	326
29. Schmerzensgeld .....	327
30. Schmuck .....	328
31. Steuern .....	329
a) Steuerverteilung innerhalb der Ehe .....	329
b) Fälligkeit von Jahressteuern, insbes. Einkommen-, Kirchensteuer und Umsatzsteuer .....	331
c) Das Problem der Doppelberücksichtigung von Steuern beim Unterhalt und Zugewinn .....	334
d) Spekulationssteuer bei Grundstücksveräußerungen .....	335
e) Latente Steuern .....	343
f) Strategische Hinweise (allgemeiner Art) .....	357
g) Strategische Hinweise (bei Immobilienobjekten) .....	358
32. Unternehmen .....	359
a) Bewertungsmethoden .....	359
b) Sonderfall Abschreibungsgesellschaft .....	364
c) Umfang und Art der Belege .....	364
33. Verbindlichkeiten (betagte) .....	365
34. Vorerbschaft .....	366
35. Witwenrenten, Abfindungen nach § 1304 RVO .....	367
a) Witwenrente .....	367
b) Abfindungen gem. § 107 SGB VI – entspricht dem früheren § 1304 RVO aF .....	367
c) Eigene Stellungnahme .....	368
36. Zuwendungen ehebezogener Art .....	368
a) Begriffe .....	368
b) Beispielfälle .....	369
c) Zuwendungen von Schwiegereltern an Schwiegerkinder durch Geldzahlungen .....	375
d) Zuwendungen Schwiegereltern an Schwiegerkinder und Ausgleichsansprüche bei Mithilfe am Hausbau .....	398
e) Dingliche Rückgewähransprüche der Schwiegereltern bezüglich einer zugewendeten Immobilie .....	401
f) Bereicherungsrechtliche Ansprüche beim Anfangsvermögen .....	402
g) Rückgewähr von Zuwendungen unter Verlobten .....	402
III. Teil- oder Gesamtantrag .....	405
IV. Das selbständige Beweisverfahren .....	407
V. Zugewinn im Verbund – ein Anwaltsregress? .....	414
1. Vor- und Nachteile .....	414
2. Das Gegenargument: Verlust der Verfügungsbeschränkung gem. § 1365 BGB .....	419
3. Verfahrensrechtliches inklusive Kosten .....	420
VI. § 1383 BGB .....	422
1. Die Übertragung von Vermögenswerten in Anrechnung auf den Zugewinnausgleich .....	422
2. Kostenmäßige Situation und VKH-Bewilligung .....	424
VII. Die Sicherstellung des Zugewinnausgleichsanspruches .....	425
1. Die Sicherheitsleistung gem. § 1389 BGB aF .....	425
2. Arrest und einstweilige Anordnung .....	426
3. Vollzugsprobleme .....	429
VIII. Entstehen, Verzinsung und Vollstreckbarkeit der Forderung .....	431
IX. Vorgehen gegen Dritte gem. § 1390 BGB .....	432
1. Rechtslage bis 31.8.2009 .....	432
2. Rechtslage ab 1.9.2009 .....	433

D. Verteidigungsstrategien gegen den Zugewinnausgleich .....	435
I. Verjährung .....	435
1. Grundsätze .....	435
a) Regelung bis 31.12.2009 .....	435
b) Rechtslage ab 1.1.2010 .....	435
2. Probleme bei einem Antrag lediglich über einen Teil des Anspruchs .....	438
3. Ehegattennengesellschaft .....	439
II. Stundungseinrede .....	440
III. Grobe Unbilligkeit .....	443
1. Allgemeines .....	443
2. Einzelne Fallgestaltungen .....	445
a) Eheliche Untreue .....	445
b) Lange Trennung .....	446
c) Misswirtschaft des Gläubigers .....	447
d) Ungleiche Beiträge zum Vermögenserwerb .....	448
e) Spätere abweichende Vermögensbewertung, vor allem in Fällen der Teilungsversteigerung .....	448
3. Der Sonderfall des § 1381 Abs. 2 BGB (Nichterfüllung der wirtschaftlichen Verpflichtungen) .....	450
IV. Die Einwendung des § 1378 Abs. 2 BGB .....	450
1. Zusammenspiel von Stundung, Fälligkeit und Rechtskraft des Scheidungsurteils, Rechtslage bis zum 31.8.2009 .....	450
2. Ursprünglich geplante Rechtslage ab dem 1.9.2009 .....	452
3. Tatsächliche Rechtslage ab 1.9.2009 .....	453
4. Korrekturmöglichkeiten zugunsten des Ausgleichsschuldners insbesondere bei volatilen Vermögenswerten .....	454
a) § 1382 BGB: Stundung .....	455
b) § 1383 BGB: Übertragung in Anrechnung auf die Forderung .....	455
c) § 1381 BGB: Leistungsverweigerung wegen grober Unbilligkeit .....	455
d) § 242 BGB: Treu und Glauben .....	456
5. Sonderfall der (Corona) Pandemie .....	457
V. Die Anrechnung nach § 1380 BGB .....	460
1. Grundsätzliche Tragweite anhand von Beispielfällen .....	460
a) Rechtslage, sofern der zugewendete Vermögenswert noch vorhanden ist ..	460
b) Rechtslage, sofern der zugewendete Vermögenswert ausgegeben wurde unter Beachtung des Lebenshaltungskostenindexes .....	462
2. Fälle mit negativem Endvermögen .....	464
a) Die Lösung des Falles ohne Berücksichtigung von § 1380 BGB .....	465
b) Die Lösung unter Beachtung von § 1380 BGB .....	465
3. Wechselseitige Zuwendungen .....	465
a) Rechtslage nach allgemeinen Vorschriften: .....	466
b) Rechtslage nur aus Sicht der Ehefrau .....	466
c) Rechtslage nur aus Sicht des Ehemanns .....	466
d) Ergebnis .....	467
4. Überhöhte Zuwendungen .....	467
a) Rechtslage unter Anwendung von § 1380 BGB .....	468
b) Rechtslage ohne Anwendung von § 1380 BGB .....	468
VI. Die Aufrechnung im Verbund ggü. ei. Zugewinnausgleichsforderung .....	469
E. Strategien im Erbfall .....	473
I. Die gesetzlichen Erbquoten und die Pflichtteilsansprüche .....	473
II. Erb- und güterrechtliche Lösungen für den Ehegatten .....	474
1. Allgemeines .....	474
2. Erbrechtliche Lösung .....	474
3. Güterrechtliche Lösung .....	474

4. Wahlrecht .....	475
5. Taktische Vorgehensweise .....	476
III. Strategische Hinweise .....	478
F. Sonstiges .....	479
I. Zuständigkeit .....	479
1. Sachliche Zuständigkeit .....	479
2. Örtliche Zuständigkeit .....	480
3. Zuständigkeit innerhalb der Europäischen Union .....	480
II. Darlegungs- und Beweislast .....	481
1. Allgemeines .....	481
a) Anfangsvermögen .....	482
b) Endvermögen .....	483
2. Die neu eingeführte Beweislastregel der §§ 1375 Abs. 2, 1379 BGB .....	485
III. Teilentscheidung .....	486
IV. Verfahrenskostenhilfe/Prozesskostenhilfe .....	487
V. Zugewinn in der Insolvenz .....	492
1. Insolvenz des Ausgleichsverpflichteten .....	492
2. Insolvenz des Ausgleichsberechtigten .....	493
a) Höchstpersönlicher Charakter des Anspruchs .....	493
b) Auswirkungen des Insolvenzverfahrens .....	493
VI. Die Übergangsvorschrift des Art. 111 FGG-RG .....	494
1. Allgemeines und Rechtsmittel .....	494
2. Kostenüberlegungen .....	495
VII. Honorar bzw. Vergütungsvereinbarungen .....	496
1. Allgemeines .....	496
2. Besonderheiten bei Abrechnungen nach dem RVG .....	497
3. Die Kostenentscheidung .....	499
4. Die steuerliche Berücksichtigung von Kosten .....	501
a) Rechtslage bis zum 31.12.2012 .....	501
b) Rechtslage ab dem 1.1.2013 .....	504
G. Besonderheiten bei der Anwendung der §§ 39, 40 FGB DDR .....	507
I. Übergangsfälle im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung .....	507
1. Zuweisung zu Alleineigentum .....	508
2. Zuweisung eines größeren Anteils .....	508
3. Anspruch gem. § 40 FGB .....	509
II. Einzelne Fallgruppen .....	510
1. Vor dem Beitritt geschlossene und danach geschiedene Ehen .....	510
2. Ehen von Ehepaaren, die nach dem Beitritt übersiedelt sind .....	511
Anhang .....	513
1. Die gesetzlichen Vorschriften .....	513
2. Übergangsvorschrift zum Gesetz zur Änderung des Zugewinnausgleichs- und Vormundschaftsrechts vom 6. Juli 2009 .....	518
3. Zweifelsfragen zur Neuregelung der Besteuerung privater Grundstücksveräußerungsgeschäfte nach § 23 EStG .....	518
4. Schnellübersicht zum ABC der Vermögenswerte .....	521
Sachverzeichnis .....	547